

Neue Rhein Zeitung vom 11.04.2015, S. 1

# Flüchtlinge in NRW: Zu wenig Betreuungsplätze?

Politischer Streit vor dem nächsten Gipfel

**Düsseldorf/Berlin.** Im Vorfeld des zweiten Flüchtlingsgipfels in Nordrhein-Westfalen hat die CDU eine Verdoppelung der Betreuungskapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verlangt. Die dort vorhandenen 7925 Plätze seien bei Weitem nicht ausreichend, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Andre Kuper. Aufgrund einer „krisenhaften Entwicklung der Flüchtlingszahlen“ seien 15 000 Regelplätze und weitere 2500 Plätzen in Notunterkünften notwendig. In diesem Jahr sei in NRW mit insgesamt 60 000 neuen Asylbewerbern zu rechnen.

Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes immer wieder zu erheblichen Engpässen, beklagte Kuper. Trotz der Schaffung von Zusatzkapazitäten seien zuletzt Tausende von Flüchtlingen ohne ordnungsgemäße Registrierung und obligatorischen Röntgen-Check auf die Kommunen verteilt worden.

SPD-Chef Sigmar Gabriel erneuerte unterdessen seine Bereitschaft, den Bund stärker an den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen beteiligen zu wollen – und macht so Druck auf den Koalitionspartner. Eine einheitliche Linie der Bundesregierung gibt es dazu bislang nicht. *dpa*

Klartext Seite 2

Gegenwärtig komme es in den 19

## Jetzt die Weichen stellen

Von Jan Jessen  
([j.jessen@nrz.de](mailto:j.jessen@nrz.de))

Der Umgang mit Flüchtlingen

Die Landesregierung lädt am kommenden Mittwoch zum nächsten Flüchtlingsgipfel ein, und am Ende werden erneut viele Absichtserklärungen und Notmaßnahmen stehen. Hilfreiche Maßnahmen, sicherlich, wie nach dem ersten Gipfel die Zusage für den Ausbau von Erstaufnahmeplätzen und Finanzhilfen für Kommunen. Das reicht aber nicht. Angesichts der Krisen und Konflikte in der Welt wird sich die Flüchtlingssituation in absehbarer Zeit nicht entspannen. Gebraucht werden nicht nur Notfallmaßnahmen, sondern nachhaltige und zwischen Kommunen, Ländern und Bund abgestimmte Konzepte.

Die komplette Übernahme der Unterbringungskosten für Flüchtlinge durch den Bund, wie sie SPD-Chef Sigmar Gabriel fordert, gehört beispielsweise dazu. Die bisherigen Finanzierungshilfen durch Land und Bund sind

nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn auf kommunaler Ebene Investitionen in die Infrastruktur wegen der Unterbringung von Flüchtlingen ausbleiben müssen, ist das ein Einfallstor für Populisten und Fremdenfeinde.

Natürlich muss es ein Ziel bleiben, dass Asylanträge zügiger bearbeitet werden, wegen es deutliche personelle Aufstockungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge braucht. Aber kein Vertun: Viele Flüchtlinge werden für immer bleiben. Ihre Integration sollte als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und konzeptionell durchdacht werden; angefangen von der Kita über die Schule bis hin zu Sprachschulung, Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Sozialromantik? Nein – die Flüchtlinge werden Deutschland verändern. Zum Positiven, wenn Politik und Gesellschaft frühzeitig die richtigen Weichen stellen.